



Albanien

(Republik)



Quelle: CIA-WorldFactBook

Politische Stabilität

Der kleine Staat an der adriatischen Küste galt bis 1990 als letzte Bastion des Stalinismus in Europa. Die Studentendemonstrationen der Jahreswende 1990/1991 initiierten einen Wandlungsprozess, der zur Entstehung einer parlamentarischen Republik mit umfassenden Reformen zur Gewährleistung der Menschenrechte führte. Die Umsetzung der Reformen wurde jedoch bisher teilweise durch mehrere politische Krisen und Änderungen im Regierungskabinett gehemmt.

Anfang der 1990er Jahre wurde Albanien mit Auswirkungen des Kosovo-Konflikts konfrontiert, indem etwa 450.000 Flüchtlinge nach Albanien kamen.

Was die jüngste politische Entwicklung betrifft, wurde 2006 in Luxemburg ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen durch Premierminister Berisha und die EU unterzeichnet, das die bisherigen Reformanstrengungen Albaniens, vor allem den friedlichen Machtübergang nach den letzten Parlamentswahlen, die stabile Wirtschaftslage und die konstruktive regionale Rolle des Landes, würdigt. Diese Unterzeichnung markiert gleichzeitig den Beginn eines langen und schwierigen Reformprozesses Albaniens auf seinem Weg hin zur EU.

Menschenrechtssituation

Trotz beachtlicher Verbesserungsmaßnahmen im Bereich der Menschenrechte (wie Abschaffung der Todesstrafe, Verankerung im Gesetz der Rede- und Versammlungsfreiheit), die Albanien zu verzeichnen hat, werden seitens Menschenrechtsorganisationen und staatlichen Institutionen zahlreiche Verletzungen dieser Rechte gemeldet.

Der UNO-Ausschuss gegen Folter forderte von Albanien ein entschiedenes Verbot von Folter und Misshandlungen und eine effiziente Verfolgung und Bestrafung der Schuldigen in



solchen Fällen. Damit wurde auf die herrschende Straflosigkeit der Täter hingewiesen und auch auf die Tatsache, dass die Folter-Definition im albanischen Strafrecht nicht internationalen Standards entspricht.

Gemeldet werden ausserdem Verletzungen der Menschenrechte seitens Polizei und Gefängniswächtern. Sowohl im Moment des Verhaftens als auch während der Haftzeit werden Menschen (auch Jugendliche) geschlagen, misshandelt und gefoltert.

Auch wenn die EU die Verbesserungen des Strafsystems Albaniens unterstützt und beobachtet, sind die Haftbedingungen in meisten Strafanstalten prekär. Die Zellen sind überfüllt, Nahrung ungenügend und Hygiene katastrophal. In vielen Gefängnissen protestierten Gefangene gegen diese unmenschlichen Haftbedingungen.

Als Verstoß gegen die nationale Rechtsordnung gelten Fälle der gemeinsamen Zellenbesetzungen von Verurteilten mit Personen, die sich noch in der Untersuchungshaft befinden. Es kommt sogar vor, dass minderjährige Häftlinge mit Erwachsenen in gleichen Zellen untergebracht werden.

Alarmierend ist die verbreitete Gewalt gegen Frauen, die laut unabhängigen Studien bis zu 4 Prozent der Frauen jedes Alters und aller gesellschaftlichen Schichten betrifft. Diese Misshandlungen werden selten gemeldet und die Täter höchstens im Falle einer Tötung oder schweren Körperverletzungen bestraft. Auch ist Albanien eine wichtige Drehscheibe für Menschenhandel, dessen Opfer Kinder und vor allem Frauen sind. Die Versuche der Regierung, diesen zu unterbinden, blieben bisher erfolglos.

In Teilen Albaniens ist die Blutrache nach wie vor üblich. Menschenrechtsorganisationen beklagen ausserdem Attacken gegen Angehörige von Minderheiten (u.a. Roma und Homosexuelle). Schutzunwilligkeit der lokalen Behörden, Diskriminierungen beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Schikanierungen prägen das Klima.

Asylstatistik in der Schweiz (Stand Dezember 2006):

Total im Asylprozess: 79

Total im Verfahren: 15

Total im Vollzug: 64

Neue Asylgesuche im Zeitraum Januar – Dezember 2006: 29

Asylgewährungen: 2006 (0), 2005 (0), 2004 (8)

Negative Entscheide: 18

Vorläufige Aufnahmen: 0

Nichteintreten: 13

Quellen: Auswärtiges Amt; EDA; U.S. Department of State; Bundesamt für Migration, Asylstatistik 2006, 2005, 2004; UNHCR; Amnesty International; SFH.